

NAHOST-KONFLIKT

Apartheid ist Realität in Israel

Lange wurde Israel vor dem Apartheid-Vorwurf in Schutz genommen.

Angesichts der jüngsten Ereignisse in meiner Heimat lässt sich das nicht aufrechterhalten. Daher greift auch die Formel nicht mehr, dass, wer von Apartheid spricht, Antisemit sei.

Von Amos Goldberg

Felix Klein, der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, hat jüngst anlässlich eines aufschlussreichen Interviews mit der deutschen Nahost-Expertin Muriel Asseburg die Behauptung aufgestellt, wer Israel Apartheid unterstelle, delegitimiere den jüdischen Staat. Denn das sei ein antisemitisches Narrativ. Die These ist fragwürdig. Denn hätte Felix Klein recht, wären einige der namhaftesten Holocaust- und Antisemitismusforscher aus Israel, Amerika, Europa und der ganzen Welt Antisemiten.

In einer kürzlich veröffentlichten Petition, die von Omer Bartov, einem der angesehensten Holocaust- und Genozidforscher mitinitiiert wurde, heißt es, es könne „für Juden in Israel keine Demokratie geben, solange Palästinenser unter einem Apartheid-Regime, als das es israelische Juristen charakterisiert haben, leben“. Die Petition wurde inzwischen von mehr als 1900 Wissenschaftlern unterzeichnet, meist Juden und Israelis, darunter Saul Friedländer, Shulamit Volkov, Eva Illouz, Dan Diner und Christopher Browning. Sie alle sind auch in Deutschland bekannt. Viele Unterzeichner betrachten sich als Zionisten – wie etwa Benny Morris, der in der Vergangenheit noch stets betont hat, dass der Begriff Apartheid auf Israel nicht angewendet werden könne.

Die Petition und ihr internationaler Zuspruch sind außergewöhnlich. Aber angesichts der jüngsten Entwicklungen in Israel ändern viele Menschen in Israel und weltweit, Juden wie Nicht-Juden, ihre Meinung. So schrieb Benjamin Pogrund, ein aus Südafrika stammender jüdischer Israeli und scharfer Kritiker all jener, die Israel als Apartheid-Staat bezeichnen, in einem Gastbeitrag für die israelische Zeitung „Haaretz“: „Jahrzehntelang habe ich Israel vor dem Apartheid-Vorwurf in Schutz genommen. Das ist mir nun nicht mehr möglich.“

Ein Vergleich mit Südafrika

Pogrund untermauert seine Argumentation mit Fakten, darunter einem detaillierten Vergleich zwischen Israel und Südafrika. Ex-Generalmajor Amiram Levin, vormals hoher Kommandeur der israelischen Armee, bezeichnete die

israelische Herrschaft über das Westjordanland als „siebenundfünfzig Jahre absoluter Apartheid“, und Barak Medina, renommierter Juraprofessor an der Hebräischen Universität Jerusalem und vormals Kandidat für den Obersten Gerichtshof, schrieb, dass die unwahren Äußerungen von Finanz- und zweitem Minister im Sicherheitsministerium Bezalel Smotrich dazu dienten, im besetzten Ost-Jerusalem ein Apartheid-Regime zu rechtfertigen. Israel verändert sich vor unser aller Augen, und viele Menschen reagieren darauf. Wie ist Felix Kleins Unbelehrbarkeit also zu verstehen? Hannah Arendt könnte vielleicht weiterhelfen. Wie sie in „Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“ darlegt, zeichnet sich „ideologisches Denken“ dadurch aus, dass es „unabhängig von aller Erfahrung“ funktioniert, sozusagen „von der Wirklichkeit emanzipiert“. In Arendts Sinn ist Felix Klein ein Ideologe, der die Augen vor der Realität verschließt und daraus kein Geheimnis macht.

In seiner in der Zeitung „Die Welt“ formulierten Kritik an Muriel Asseburg versucht er gar nicht erst, das Argument zu widerlegen, dass Israel Apartheid praktiziert. Er erklärt einfach, dass Apartheid dem ideologischen Verständnis eines „jüdischen Staates“ zuwiderlaufe und entsprechende Vorwürfe daher antisemitisch seien. Was würde er sagen, wenn gezeigt werden kann, dass Israel ein Apartheid-Staat ist? Dass die politische Realität in den besetzten Gebieten und selbst innerhalb Israels den Kriterien entspricht, wie sie im Völkerrecht definiert werden, also im Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, das im Jahr 2000 auch von Deutschland ratifiziert wurde? Für Klein wäre das vermutlich belanglos. Israel kann Apartheid a priori nicht vorgeworfen werden, ungeachtet der Fakten, weil Israel ein jüdischer Staat ist.

Widersprüchliche Aussagen

Und da der Antisemitismusbeauftragte mit Blick auf Israel nicht von Apartheid sprechen will, weil dies den jüdischen Charakter des Staates Israel negieren würde, erkennt er im Grunde an, dass ein jüdischer Staat ein Apartheid-Staat sein kann, vielleicht sogar sein muss. Aus seiner Sicht ist das kein Problem, sondern ein Vorzug, da ein „jüdischer Staat“, und sei es ein Apartheid-Staat, der die jüdische Vorherrschaft hochhält, ein umso höherer Wert ist, den zu verteidigen wir moralisch verpflichtet sind und den zu kritisieren antisemitisch ist. Mit anderen Worten: Klein erkennt an, dass Israel als jüdischer Staat ein Apartheid-Staat sein könnte, findet es aber antisemitisch, in Bezug auf Israel von Apartheid zu sprechen. Mit dieser Haltung ist er nicht mehr weit entfernt von jenen rechtsextremen Politikern, die der aktuellen israelischen Koalitionsregierung angehören und offen fordern, dass der jüdische Charakter des Staates über seinem demokratischen Charakter stehen müsse.

Selbst wenn Israel, dieser Logik entsprechend, abermals ethnische Säuberungen wie während der Nakba 1948 durchführen und zahllose Palästinenser aus dem Staat Israel oder dem Westjordanland ausweisen würde – wie die Journalistin Amira Hass und viele erfahrene Beobachter warnen und wie es von einigen Ministern der Likud-Partei angedroht und von Minister Smotrich in seinem „Decisive Plan“ mehr oder weniger explizit formuliert wird –, selbst dann würde Felix Klein vermutlich sagen, es sei antisemitisch, dieses Vorgehen als ethnische Säuberung zu bezeichnen, weil es ja dazu beitrüge, den Charakter Israels als

„jüdischer Staat“ zu stärken. Vielleicht würde er einräumen, dass man ein solches Verbrechen kritisieren könne, ohne damit Antisemit zu sein, wohlgermerkt unter der Bedingung, dass die legitimen Sicherheitsinteressen Israels berücksichtigt werden, wie er kürzlich mit Blick auf Kritik an der illegalen Sperrmauer erklärte.

Wenig überraschend also, dass die jüngsten Entwicklungen in Israel seit Bildung der offen rassistischen und antidemokratischen Regierung, die ihre Apartheid-Politik täglich praktiziert, bei Klein nicht einmal für eine Spur an Irritation gesorgt haben. Und das, obwohl die Regierung die faktische Annexion der besetzten Gebiete weiter vorantreibt und die Millionen Palästinenser, die dort leben, ihrer Rechte beraubt, während die israelischen Bewohner dieser Gebiete, also die Siedler, volle Bürgerrechte genießen. Obwohl die parallel bestehenden Rechtssysteme im Westjordanland ausgebaut werden – Zivilrecht für Juden, Kriegsrecht für Palästinenser. Obwohl die Regierung Israel zu einem autoritären, antidemokratischen Staat umbaut, um die Annexion des Westjordanlandes zu ermöglichen, ohne dass dies juristisch angefochten werden könnte.

Obwohl Itamar Ben-Gvir Minister für Nationale Sicherheit ist, ein Mann, der 2008 wegen Rassenhasses und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt wurde und ein Bewunderer des jüdischen Terroristen Baruch Goldstein ist, der 29 Palästinenser in der Höhle der Patriarchen in Hebron 1994 massakrierte. Obwohl terroristische Angriffe auf Palästinenser – wie etwa das Pogrom im palästinensischen Dorf Huwara oder die Ermordung eines Palästinensers aus dem Dorf Burqa – fast täglich vorkommen. Obwohl Minister Smotrich öffentlich erklärt, dass das palästinensische Dorf Huwara ausgelöscht werden sollte, und Minister Ben-Gvir den Mord in Burqa rechtfertigt. Und obwohl Minister Smotrich Gelder für arabische Studenten in Ost-Jerusalem und arabische Kommunen streicht, einfach so. All das kann Klein nicht erschüttern. Die Realität hat keinen Einfluss auf seine Positionen. Deshalb interessieren ihn vermutlich weder die Argumente des israelischen Menschenrechtsanwalts Michael Sfard, der in einem detaillierten Bericht 2020 darauf hinwies, dass im Westjordanland Apartheid praktiziert wird, noch die Berichte der Organisation Human Rights Watch aus dem Jahr 2021, die ebenfalls feststellen, dass in den besetzten Gebieten Apartheid praktiziert wird. Er interessiert sich auch nicht für die juristischen Fallanalysen der Menschenrechtsorganisation B'Tselem (2021) und Amnesty International (2022), die zum selben Ergebnis kommen.

Felix Klein tut die Vorwürfe als antisemitisch ab, weil sie den jüdischen Charakter Israels in Frage stellen. Wie schräg. Wie realitätsfremd. Wie ideologisch. Klein mag für die Realität nicht empfänglich sein, doch die Realität ist stärker, und immer mehr Menschen auf der Welt und in Israel beginnen es zu erkennen. Israel Apartheid vorzuwerfen ist nicht antisemitisch. Es beschreibt die Realität. Die israelische Regierung kämpft gegen Menschenrechte, Demokratie, Gleichheit und propagiert das Gegenteil: Autoritarismus, Diskriminierung, Rassismus und Apartheid. Felix Klein und alle anständigen Menschen müssen sich entscheiden, auf welcher Seite der Geschichte sie stehen wollen im Kampf gegen Antisemitismus.

Amos Goldberg ist Professor für Holocaust-Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem. Als Ko-Herausgeber veröffentlichte er zuletzt „The Holocaust and the Nakba: A New Grammar of Trauma and History“ (Columbia University Press).